

EDITORIAL

❖ Amerika bleibt der Hauptunterstützer Israels, wenngleich die Zeiten, in denen Bush die Politik Schasons vertrat und umgekehrt, vorbei sind. Insofern sei jedwede israelische Regierung gezwungen, umsichtiger zu agieren als bisher, konstatierte jüngst der international anerkannte Experte Gilles Kepel, dessen neues Werk *Die Spirale des Terrors – Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte* dieser Tage in den Buchhandlungen ausgelegt wird.

In Zeitungsberichten und Kommentaren zu der Gaza-Krise spiegeln sich vielfach Resignation und Entmutigung angesichts der mehr als ein halbes Jahrhundert alten, erneut und immer wieder in dramatischen Zusitzungen gipfelnden israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen. Ob der Glaube, dass jemals Frieden einkehre, eine Illusion sei, lautet die dahinter stehende Frage. Hat der Mut für die Idee einer Zwei-Staaten-Regelung die Protagonisten auf jeweils beiden Seiten im Widerstand aus den eigenen Reihen verlassen? Wolfgang Günter Lerch geht dieser Frage in seinem Beitrag nach (Seite 5 ff.), die Positionen von Israelis und Palästinensern sowie die Konfliktlinien der gesamten Region zeichnen Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Beiträgen über Syrien, Libanon, Jordanien, Ägypten, Türkei und Iran in dieser Ausgabe nach.

Zeitnah zu den Ereignissen in Nahost geben Entwicklungen in Mittelost zu Bedenken. In dem einst als „pakistinische Schweiz“ und als touristische Skiregion beliebten Swat-Tal regieren seit 2007 die Taliban. Der Versuch der Regierung unter Präsident Asif Ali Zardari die 3000 islamistischen Kämpfer mit einer Truppenstärke von 12 000 Soldaten niederzuschlagen führte zum Tod von 1200 Zivilisten und zu 500 000 Flüchtlingen. Nach Ausrufung einer unbefristeten Waffenruhe



erklärte sich die Regierung im Gegenzug zu Verhandlungen bereit und unterzeichnete Mitte Februar ein Abkommen zur Einführung der Scharia. Vom „Sieg der Militanten über das Militär“ ist im Blick auf die verschärfte Lage im Nordwesten Pakistans zu lesen. Richard Holbrooke, der amerikanische Sondergesandte für Afghanistan und Pakistan, kritisierte zwar nicht direkt die Implementierung islamischen Rechts, betonte aber, die USA, Pakistan und Indien stünden einem gemeinsamen Feind gegenüber, der „eine direkte Bedrohung für unsere Regierungen, unsere Hauptstädte und unsere Völker darstellt“. Pakistan besitzt Atomwaffen. In der gesamten Region ist ein Zuwachs pakistanscher, zentralasiatischer und sogar iranischer Taliban in Opposition zu Teheran zu beobachten. Um dem entgegenzusteuern bedarf es einer groß angelegten diplomatischen Initiative mit dem Ziel, die Nichteinmischung der Nachbarstaaten zu beenden. Ein Ende finden müsste auch die Rivalität zwischen Indien und Pakistan. Das paradoxe pakistansche Verhalten des Kampfes gegen Taliban und Al Kaida einerseits und deren Unterstützung andererseits erklärt sich nur mit Pakistans absoluter Fixierung auf den Erbfeind Indien. Die gesamte Problematik wird von der deutschen Öffentlichkeit bislang auf den Aspekt der Sicherheit für deutsche Soldaten konzentriert. Doch wird auch die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt, wenngleich nicht nur in militärischer Form.



Danja Bergmann